„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. B. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate, 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „zu verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Canadier gegen britische Einwanderung

Das in Vancouver, B.C., erscheinende Blatt „The Canadian", das von den „Native Sons of Canada" herausgegeben wird, hat in seiner Nr. 9 vom Oktober 1926 in beachtenswerter Weise zur bevorstehenden britischen Reichskonferenz in London Stellung genommen, unter anderem auch zu der für Canada so hochbedeutsamen Einwanderungsfrage, die gewiß in London ebenfalls eine nicht geringe Rolle spielen wird. Die „Native Sons of Canada" haben dazu an Premier Mackenzie King folgende Resolution gesandt, die es verdient, auch in deutschen Kreisen bekannt zu werden:

„Wir sind unentwegt gegen die subventionierte (britische) Reichswanderung in jeder Form und insbesondere gegen eine Politik, die darauf abzielt, Einwanderer aus Großbritannien, die geistig, sittlich und körperlich unfähig sind, in Canada abzuladen, wodurch der hohe Stand der canadischen Bevölkerung herabgedrückt wird. Wir verlangen von der Regierung, daß sie die Zulassungsbestimmungen für Canada noch weiter beschränkt. In dieser Verbindung möchten wir die Aufmerksamkeit des Premierministers und seiner Kollegen auf die verderbliche und unaufhörliche Propaganda hinlenken, welche beständig in Großbritannien und Canada betrieben wird und darauf hinarbeitet, die Empfänger von Arbeitslosenunterstützung und andere unerwünschte Elemente nach Canada zu schaffen mit dem ausgesprochenen Zwecke, den britischen Steuerzahler auf Kosten des canadischen Steuerzahlers zu entlasten. Die Versammlung verurteilt eine solche anticanadische Propaganda, die dem nationalen Wohle Canadas klar widerspricht. Wir erklären nachdrücklich, daß die Frage der Einwanderung nach Canada nach dem Wortlaut des „British North America Act" ausschließlich eine canadische Angelegenheit und nicht eine „Reichssache", nicht eine Parteisache oder eine politische Frage ist, wie der (anglikanische) Bischof von London behauptet, daß es sich vielmehr lediglich um eine Verwaltungsangelegenheit handelt, und daß alle Canadier ohne Rücksicht auf ihre Partei Absicht und Zweck des gegenwärtigen canadischen Einwanderungsgesetzes hinsichtlich seiner großzügigen Grundsätze gutheißen. Wir protestieren entrüstet gegen die hartnäckige anticanadische Propaganda, die aus reichstreuen Kreisen hervorgeht, um das gegenwärtige schnelle Wachstum des canadischen Nationalgefühls zu bekämpfen, indem man die subventionierte Einwanderung von Menschentypen begünstigt, welche für unser Land ungeeignet sind und seiner Geschichte fremd gegenüberstehen."

Diese Resolution ist gewiß eine deutliche Absage an die Bestrebungen jener Kreise, die Canada gar nicht schnell genug mit britischen Arbeitslosen überschwemmen können, welche nach ihrer Herkunft, nach ihrem Beruf und nach ihrer Lebensweise für die Entwicklung des Farmerwestens absolut ungeeignet sind.

Kriegsschuldlüge und Weltfriede

Wie in der letzten Ausgabe des „Courier" mitgeteilt wurde, ist der französische Premier Poincare in zwei Reden wieder in den alten Fehler verfallen, dem kaiserlichen Deutschland die Alleinschuld am Ausbruch des Weltkrieges zuzuschreiben, obwohl er selbst im Bunde mit der russischen Diplomatie der Vorkriegszeit die Fäden gesponnen hat, über die Europa in das furchtbarste Völkermorden der Weltgeschichte hineinstolperte. Darüber kann heute bei allen Kennern der aus den russischen und deutschen Archiven entnommenen Dokumente kein Zweifel mehr bestehen. Poincare wird mit seinen Kriegsschuldreden höchstens das eine erreichen, daß er seinen Freunden vorübergehend Sand in die Augen streut, aber verhindern kann er nicht, daß eines Tages die Menschheit über ihn das Verdammungsurteil sprechen wird.

Die Kriegsschuldfrage hat durch die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ein neues Gesicht bekommen, wie aus der folgenden Mitteilung, welche durch die deutsche Presse geht, klar erkennbar ist:

Ein zufälliger Umstand vereinigte in Frankreich am Ufer des Biskayischen Meerbusens einige Persönlichkeiten, die, verschiedenen Nationalitäten angehörend, sich mit dem Studium der Kriegsschuldfrage beschäftigt haben. Man beschloß, die Gelegenheit und den Augenblick zu benutzen, um das nachfolgende Schreiben an den Völkerbund zu richten:

Sehr geehrter Herr Präsident!

Sehr geehrte Mitglieder des Völkerbundes!

Die Hohe Versammlung, die in diesem Augenblick in Genf zusammentritt, annulliert, indem sie Deutschland in den Völkerbund aufnimmt und ihm einen ständigen Sitz in ihrem Rat gewährt, tatsächlich den fundamentalen Artikel des Versailler Vertrages, der Deutschland die Schuld am Ausbruch des Weltkrieges zuschreibt. Wir stellen das fest. Indessen das öffentliche Gewissen, das durch jene Periode eines Rechtsspruchs tief verletzt ist, wird in dieser Maßregel der Wiedergutmachung nur eine verspätete und ungenügende Genugtuung erblicken. Die Umstände, unter denen eine Verurteilung ausgesprochen worden ist, unter Mißachtung der Grundsätze, die in zivilisierten Ländern dem Ankläger das Recht absprechen, sich selbst zum Richter über den Angeklagten zu machen, bleiben ein zu empörendes Beispiel von Heuchelei und Gewalttat, um jemals diesen Rechtsbruch denen zu verzeihen, die dafür im Angesicht der Welt die Verantwortung übernommen haben.

Erlauben Sie daher, sehr geehrter Herr Präsident und sehr geehrte Mitglieder des Völkerbundes, denjenigen, die nicht aufgehört haben, für die Aufdeckung der Wahrheit zu kämpfen, Ihnen mit aller Bestimmtheit zu versichern, daß Ihr Werk nichtig sein wird, solange Sie nicht vollständig und öffentlich die Ungerechtigkeit von 1919 ausgetilgt haben. Eine unparteiische, gründliche und strenge Untersuchung über die Ursache des Weltkrieges wird der öffentlichen Meinung die notwendige Beruhigung geben. Ihre Sache ist es, sie vornehmen zu lassen. Ihre Sache ist es, Fälschungen aufzudecken, die auch heute noch die Geister vergiften und den unversöhnlichen Haß weitergären lassen. Diese Untersuchung ist nicht allein unentbehrlich für die völlige Wiederherstellung des Friedens, sie wird gefordert durch die Würde und das Ansehen des Völkerbundes, der geschaffen ist durch eben jenen Vertrag, dessen verdiente Mißachtung er teilen muß, wenn er nicht die Satzung, auf die er gegründet ist, reformiert. Durch die Lüge hat man die Geister aufgeregt und die Nationen veranlaßt, sich aufeinander zu stürzen. Nur aus der Wahrheit wird der Friede geboren werden. Außerhalb der Wahrheit ist ein politischer Aufbau moralisch unmöglich. Entweder der Völkerbund wird das Licht bringen, oder er wird ein Nichts sein.

September 1926.

Für Deutschland: Hans Delbrück, Professor der Geschichte an der Universität Berlin.
Für Frankreich: Georges Demartial, Gustave Dupin, Mathias Morhardt, Alfred Pevet.
Für die Ver. Staaten von Amerika: Harry Elmer Barnes, Professor am Smith College, Northampton, U. S. A.

Wieder eine deutsche Zeitung in Paris

Aus Paris kommt die erfreuliche Mitteilung, daß gleichzeitig mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund auch die deutsche Presse in Paris zu neuem Leben erweckt worden ist. Es ist das nämliche Blatt, das vor dem Weltkriege „Pariser Zeitung" hieß und nach zwölfjähriger Pause gegenwärtig wieder auf der Bildfläche erschienen ist. Nur wurde das Blatt in „Neue Pariser Zeitung" umgetauft.

Aus einem zweifachen Grunde ist die Neuherausgabe des deutschen Organs in der Metropole des Franzosentums zu begrüßen: einmal wird die deutsche Kolonie in Paris, die in den letzten Jahren zahlenmäßig beträchtlich zugenommen hat, einen geistigen Rückhalt an ihrer deutschen Zeitung finden, ferner wird das Blatt auch im Dienste der deutsch-französischen Verständigung eine hohe Mission zu erfüllen haben. Mögen auch die Kreise um Poincare krampfhafte Anstrengungen machen, um aus nationalistischen Gründen einen Ausgleich der beiden großen Nachbarvölker zu hintertreiben, so werden doch andere und stärkere Interessen das große Werk der Verständigung früher oder später vollenden.

Um die Vereinigung aller Deutschen

Der Oesterreichisch-Deutsche Volksbund hat in Düsseldorf (im Rheinland) eine große Kundgebung veranstaltet. Oberbürgermeister Dr. Lehr sprach in seinen Begrüßungsworten den Wunsch aus, daß Deutschlands Eintritt in den Völkerbund mit der Zeit Freiheit, Frieden, Einigkeit und auch Gerechtigkeit bringen möge.

Der Vorsitzende des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes, Reichstagspräsident Löbe, gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Frage des Selbstbestimmungsrechtes nun bald zum Austrage gebracht werde und mit der Ausdehnung der Wirtschaftsbeziehungen der Anschluß Oesterreichs an Deutschland sich vorbereite. Der stellvertretende Präsident des Oesterreichischen Bundesrates, Universitätsprofessor Dr. Hugelmann von der Christlichsozialen Partei forderte, daß das Selbstbestimmungsrecht nun auch verwirklicht werde. Ein Reich, das alle Deutschen umfasse, gebe die einzige Garantie eines dauernden Friedens.

Bundeskanzler a. D. Dr. Renner sprach unter stürmischem Beifall namens der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Oesterreichs. Die Vereinigung aller Deutschen zu einem Reich sei nicht mehr eine Frage der Dynastien, sondern eine Frage der Völker, des Nationalgedankens. Wenn man in Wien einen Paneuropakongreß zu halten beabsichtige, dürfe man sich auch nicht mehr gegen den Zusammenschluß Deutschlands und Oesterreichs wenden. Auch die folgenden Redner, Reichstagsabgeordneter Erkelenz, Dr. Mittermann-Wien, Präsident des Niederösterreichischen Landtages, Reichstagsabgeordneter Dr. Kremer-Berlin und Dr. Hammacher-Köln legten in ihren Ausführungen ein Bekenntnis zum großdeutschen Reichsgedanken ab.

Weltumschau

Deutschland.

Außenminister Stresemann trat abermals für europäische Versöhnung ein und ersuchte um den Beistand der Ver. Staaten zur Verwirklichung. Als Vorsitzender des Parteitages der Deutschen Volkspartei gab er eine Schilderung der deutschen Auslandpolitik. Der Minister legte die politischen Geschehnisse seit dem Vertrag von Versailles dar, die Besetzung der Ruhr und schließlich Deutschlands Eintritt in den Völkerbund. Dieses Ereignis, sagte er, bedeute einen weiteren Schritt von Deutschlands Rückkehr zu gleicher Behandlung mit der übrigen Welt. Hinsichtlich seiner Besprechung mit dem französischen Minister Briand in Thoiry versicherte Stresemann, daß ein französisch-deutsches Einvernehmen die Grundlage für jede europäische Verständigung und Beruhigung bilde. Die Politik von Thoiry, erklärte der Minister, widerstrebe keiner allgemeinen Verständigung der Völker der Welt und richte sich nicht gegen andere Nationen. Im Gegenteil sollten alle Nationen, besonders die Ver. Staaten, zur Wiederherstellung des Geistes der Versöhnung mitwirken. Seit dem Vertrag von Versailles seien die Ver. Staaten bestrebt gewesen, einen wirklichen Frieden in Europa zustande zu bringen. Stresemann verwies besonders auf die Ansprache von Präsident Coolidge in Cambridge im Juli 1925. Der Präsident versprach damals Europa die moralische Beihilfe der Ver. Staaten, um von neuem Stetigkeit und Einvernehmen herbeizuführen.

Am Donnerstag fand die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags statt, in der Außenminister Dr. Stresemann über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und seine Konversationen mit dem französischen Außenminister Briand Bericht erstattete. Ein weiterer Kabinettsrat von weitgehender Bedeutung wird abgehalten werden. Nicht nur eine weitere Erörterung der Fortführung der auf die Verständigung mit Frankreich gerichteten Verhandlungen wird erwartet, sondern auch der Stand der Kriegsschuldfrage soll zur Besprechung gelangen, wie der Berliner Korrespondent der „N. Y. St." mitteilt. Die wiederholte brüske, grundsätzliche Zurückweisung der deutschen Auffassung der Kriegsschuldfrage seitens des französischen Premiers Poincare hat hier höchst unangenehm berührt. Die Mißstimmung wird vertieft durch die sich häufenden Gewalttaten französischer Militärs im rheinischen Okkupationsgebiet und die offenkundige propagandistischen Bemühungen auf französischer Seite, die Schuld an den bedauerlichen Vorgängen den Deutschen, gerade den Opfern der blutigen Gewalttaten, zuzuschieben. Wo bleibt da der Geist der Versöhnung, der von Locarno und Thoiry? So fragt man sich hier. Aus der brüsken Zurückweisung des Vorschlags Stresemanns, die Kriegsschuldfrage einem neutralen Schiedsgericht zu unterbreiten, seitens fast der gesamten französischen Presse wird hier der Schluß gezogen, daß es an dem Willen fehlt, dem Problem auf den Grund zu gehen. Gegen den französischen Standpunkt, daß die Frage durch den Versailler Vertrag endgültig entschieden worden sei, werden das bereits vorliegende amtliche Dokumentenmaterial und die sich auf diese stützende Weltmeinung angeführt. Daß die Zurückweisung des Vorschlags, die Frage einem Schiedsspruch anheimzugeben, von einer Zurechtweisung Dr. Stresemanns begleitet ist, wird von der öffentlichen Meinung als Unverschämtheit empfunden. Hinter dem Vorschlag steht heute das gesamte deutsche Volk. Wenn die Auffassung, daß die jetzige Zeit der Verhandlungen um ein Einverständnis zwischen Deutschland und Frankreich inopportun sei, für die Herausstellung der Kriegsschuldfrage, sich durchsetzen würde, so würde Deutschland nie von der Schmach, mit der der Versailler Schandvertrag es belastet, gesäubert werden, denn für Frankreich sei jede Entscheidung „inopportun". Die Erwartung, daß sich der nächste Kabinettsrat auch mit dem Stand der Kriegsschuldfrage beschäftigen werde, kommt aus der Seele des deutschen Volkes.

General von Seeckt, der Befehlshaber der Reichswehr, überreichte sein Abschiedsgesuch, das vom Reichspräsidenten Hindenburg angenommen worden ist. Der Grund liegt in der Aufsehen erregenden Enthüllung daß Prinz Wilhelm, ältester Sohn des früheren Kronprinzen, an den kürzlichen Armeemanövern in Württemberg teilnahm. Der Prinz diente bei einem Potsdamer Regiment und stieg in dem Gasthof ab, wo sich das Hauptquartier von Präsident von Hindenburg während seines Aufenthaltes in Münsingen befand. Die republikanischen Parteien protestierten gegen die Zugehörigkeit eines Zollernprinzen zum Heeresdienst des Reiches. Viele Leute sahen darin ein Vorzeichen, daß die Armee für Wiedereinsetzung der Hohenzollern vorbereitet werde. General von Seeckt befehligte die Reichswehr seit 1920.

Der preußische Ministerpräsident Braun ernannte den Polizeipräsidenten Erzesinski von Berlin zum preußischen Minister des Innern. Er ist der Nachfolger von Wilhelm Severing, der wegen schlechter Gesundheit zurücktrat. Durch seine Leitung der gesamten preußischen Polizei und sein Vorgehen gegen die monarchischen Vereinigungen zwielte Severing bei Stetigung der republikanischen Regierung eine bedeutende Rolle. Sein Nachfolger, der ebenfalls ein Sozialist ist, dürfte die gleiche Haltung befolgen. Severing gedenkt sich nach einer einjährigen Ruhepause wieder politisch zu betätigen.

Deutschösterreich.

Der erste Pan-Europa-Kongreß wurde in Wien abgehalten. 26 europäische Staaten waren vertreten. Es ist dieses die erste große Kundgebung europäischer Einigkeit. Es ist nicht ein Kongreß der Regierungen, vielmehr ein Kongreß der Völker, keine Sonderinteressen spielen mit. Den Vorbereitungen für die Schaffung eines einigen, starken und friedlichen Europas gilt die Tagung. Mittel und Wege sollen gefunden werden, um alle kontinentalen Staaten in einem großen wirtschaftlichen Bund, einer Art Zollverein, zusammenzuschließen. „Niederlegung der trennenden Grenzen", die weiter nichts sind als sperrende Zollschranken, „für wirtschaftliche Zwecke" ist die ausgegebene Parole. Ein Hauptredner war Paul Löbe, der Präsident des deutschen Reichstags. Er führte unter anderem das Folgende aus: „Stets wird die Geburt neuer Ideen, neuer Wahrheiten von einer Woge von Pessimismus begleitet. Die Außenminister Deutschlands und Frankreichs, Briand und Stresemann, haben in letzter Zeit Dinge erreicht, die noch vor wenigen Jahren für unmöglich gehalten worden wären." Redner ging dann auf die Bedeutung der paneuropäischen Bewegung ein und nahm besonders Veranlassung, zu betonen, diese habe keinerlei Spitze gegen irgend eine Nation, nicht gegen die Ver. Staaten, nicht gegen England, auch nicht gegen Rußland, am wenigsten gegen den Völkerbund, sei doch der letztere in sich besonders dazu angetan, diese paneuropäische Idee zu fördern. „Aber," schloß der Redner, „dreißig europäische Nationen, unter sich durch militärische und wirtschaftliche Rivalität uneins, müssen untergehen. Paneuropa soll leben!" Dr. Ignaz Seipel, der frühere Kanzler Oesterreichs, erklärte im Verlaufe seiner Rede: „Es wäre ein Utopie, von einem Vereinigten Europa zu träumen, in dem die verschiedenen Nationen ihre Kultur und ihre Eigenarten aufzugeben hätten. Was wir aber erreichen können, ist eine europäische wirtschaftliche Entente. Ob unsere Muttersprache nun deutsch, französisch oder englisch ist, sobald es sich um wirtschaftliche Probleme handelt, laßt uns europäisch sprechen." Kanzler Ramek hieß die Delegaten im Namen der österreichischen Regierung willkommen. „Das österreichische Volk," erklärte er, „hat durch die Schrecken des Kriegs gefunden, daß neue Methoden zur Lösung großer Probleme notwendig sind. Sie sind die Pfadfinder. Unsere besten Wünsche begleiten Ihre Beratungen."

Jugoslavien.

Die Budapester Presse veröffentlicht den Inhalt einer Unterredung des Führers der radikalen kroatischen Bauernpartei Stefan Raditsch mit ungarischen Berichterstattern über die Frage der Annäherung Ungarns und Jugoslaviens, die der Reichsverweser Ungarns, Admiral Horthy, in seiner Rede gelegentlich der Mohacs-Gedenkfeier zuerst aufgeworfen hat. Raditsch erklärte unter anderem:

„Ich wünsche vor allem zu betonen, daß keiner der maßgebenden Faktoren Jugoslaviens sich in irgendeiner Form in die inneren Angelegenheiten Ungarns einzumischen wünscht. Wir nehmen Ungarn so wie es ist und kritisieren nicht dessen staatliche Struktur. Wir wissen wohl, daß unabhängig von seiner Staatsform Ungarn ein unumgänglich wichtiger Faktor in der künftigen Entwicklung der Dinge im Donautale ist, und wir alle sind davon überzeugt, daß ohne oder gegen Ungarn nichts im Donautal geschehen könne.

„Niemand denkt heute daran, die Vorkriegspolitik, mit der die Völker einander in den Hintergrund zu drängen versuchten, fortzusetzen. Ich und meine Freunde sind tief davon überzeugt, daß Ungarn und Südslawien von der Natur selbst aufeinander angewiesen sind. Unsere Adria ist ethnographisch kroatisch, politisch jugoslawisch, wirtschaftlich aber ebenso ungarisch. Als ich diese These zum ersten Mal im Parlament und im Ministerrate entwickelte, beschuldigte man mich, daß ich im neuen Staate die alte österreichische Politik vertrete. Die Meinungen haben sich aber rasch und auffallend gründlich geändert.

„Serbien hat unter der alten Absperrung vom Meere so viel gelitten, daß es davor zurückscheut, diese Politik gegen andere Völker anzuwenden. Wir anerkennen, daß Ungarn ein Anrecht auf einen Zugang zum Meere besitzt, ja wir sind sogar bereit, ihm eine Freizone in einem unserer Adriahäfen zuzugestehen. Dies ist nicht allein meine persönliche Ansicht; jeder verantwortungsbewußte jugoslawische Politiker steht aus demselben Standpunkt.

„Dies ist auch der Weg, der zur Neutralisierung der aktiven italienischen Balkanpolitik führen muß. Italien will die Balkan- und die Donauvölker führen. Wir sind aber nicht Blinde, die einer führenden Hand bedürfen. Oesterreich-Ungarn hat jahrzehntelang diese Führung ausgeübt, etnographisch, wirtschaftlich und politisch mit ungleich größerem Anrecht als Italien. Italien hat uns wirtschaftlich nichts zu bieten, eine politische Führung aber haben wir nicht nötig. Nichts auf Erden kann die wirtschaftliche Vereinigung der Donauvölker verhindern. Der Donau-Zollverein ist kein Traum, sondern eine politische Realität der nächsten Zukunft. Ich glaube, daß selbst die Tschechen gegen die Gesetze der Natur keine Politik machen werden. Wenn man uns heute eine Million Magyaren anböte, würde ich mich mit Händen und Füßen dagegen wehren. Wenn die Tschechen verständig sind, werden sie die ungarischen Grenzgebiete so bald als möglich an Ungarn abtreten; denn die Donaugrenze ist absurd und unhaltbar."

Rußland

In Moskau wird die Bestrafung von Leon Trotzky wegen eines „Verbrechens gegen die Partei" verlangt. Anlaß zu der Forderung gibt sein auffallender Angriff auf die Regierung. Trotzky trat nämlich nach langer Zurückgezogenheit wieder hervor. Auf der gleichen Rednerbühne mit seinem einstigen bittersten Feind Gregory Zinoview griff er die Politik des kommunistischen Vollzugs-Ausschusses an. Der Angriff brachte die Feindseligkeit jener Führer, welche sich der Regierung widersetzten, in die Oeffentlichkeit. Die Zerwürfnisse bestehen schon seit Juli. Infolge der Reden wird eine Krise erwartet.

In Tiflis ist ein gewisser Nicolai Andruchenku im außerordentlich hohen Alter von 150 Jahren gestorben. Der alte Mann konnte sich sogar noch an Napoleons berühmten Rückzug aus Moskau im Jahre 1812 erinnern. Uebrigens sollte er von den „Trockenen" zum Schutzpatron gemacht werden, denn er rühmte sich, seit 125 Jahren nie etwas stärkeres als Kaffee zu sich genommen zu haben.

Großbritannien.

Sir Austen Chamberlain, der britische Außenminister, sagte nach der Rückkehr von seiner Mittelmeerfahrt, während der er mit Mussolini eine Zusammenkunft in Livorno hatte, er sei nicht zum Faschismus bekehrt worden. Nach Ansicht von Chamberlain eignet sich der Faschismus nicht für Großbritannien. Er hat die größte Achtung und Bewunderung für Mussolini als einen Mann von großer Kraft und Charakterstärke. Sir Austen bestritt entschieden, daß seine Zusammenkunft mit Mussolini ein Gegengewicht gegen die Unterredung zwischen Stresemann und Briand in Thoiry bilden sollte. Er und der italienische Premier hätten über die Unterredung in Thoiry gesprochen, aber nur um ihre Befriedigung über die andauernde Besserung der internationalen Beziehungen auszudrücken. Er schilderte seine Besprechung mit Mussolini als sehr herzlich. „Wir besprachen natürlich," bemerkte Chamberlain, „die größeren Fragen der europäischen Politik und fanden eine weitgehende Ideengemeinschaft. Die Politik beider Länder richtet sich auf Wahrung des Friedens und Entwicklung des Handels, die so notwendig für die wirtschaftliche Wiedergeburt der Welt sind."

Frankreich.

In französischen Regierungskreisen regt man sich darüber auf, daß Dr. Stresemann in der auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei in Köln gehaltenen Rede auf die kürzlichen „Kriegsschuldreden" des Premiers Poincare Bezug nahm, sie als Mißklänge inmitten der Besprechungen von Thoiry bezeichnete und im Anschluß daran erklärte, daß Deutschland bereit sei, sich irgend einem unparteiischen Tribunal, das mit der Untersuchung der Ursachen des Weltkrieges beauftragt würde, zur Verfügung zu stellen.

Eine halbamtliche Note besagt, daß die von Poincare in St. Germain und Bar Le Duc gehaltenen Reden die Ansicht der gesamten französischen Regierung zum Ausdruck brachten. Weiterhin heißt es in der Note:

„Dr. Stresemann hat in seiner Kölner Rede neuerlich die Frage der Verantwortung für den Ausbruch des Weltkrieges aufgeworfen. Obgleich Herr Poincare in seinen jüngsten Aeußerungen in St. Germain und Bar Le Duc einen Unterschied zwischen der kaiserlichen Regierung und dem deutschen Volke machte, hielt es der deutsche Außenminister für passend, dem französischen Premier zu widersprechen."

In amtlichen Kreisen wurde außerdem erklärt, daß die von Poincare an den Generalrat des Departements Maas gerichtete Ansprache vorher in einer Kabinettssitzung durchberaten wurde, so daß sie die Ansicht der französischen Regierung dem Wesen und dem Buchstaben nach ausdrückt.

Die Zeitung „Temps" schreibt u. a.: „Dr. Stresemann vergißt, daß er selbst es war, der durch seine höchst unklugen Aeußerungen in der Ansprache an die deutsche Kolonie in Genf die Debatte über die Frage der Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg eröffnet hat."

In offiziellen Kreisen war die Nachricht verbreitet, daß Frankreich, Italien und Belgien gemeinsame Anstrengungen machen, um Washington zu überreden, den Widerstand gegen die Vermarktung der deutschen Reichsbahn-Schuldverschreibungen in den Ver. Staaten aufzuheben und daß man hoffe, daß es doch noch möglich sein werde, für einen Teil der Reparationsverpflichtungen Deutschlands Bargeld zu erlangen. Man ist sich aber der Schwierigkeiten, die der Ausführung dieses Planes entgegenstehen, voll bewußt. Einer der zweifelhaften Punkte ist, ob Deutschland der Vermarktung der Eisenbahn-Obligationen zustimmen wird, da man in Berlin Bedenken hat, ob ein kleiner Teil der Bonds verkauft werden könne, ohne eine Garantie dafür, daß andere Bonds nicht später auf den Markt geworfen werden.

Ein neuer Vorfall im Rheinlande beschäftigt die französische Regierung. Sie ersuchte die deutschen Behörden um Beistand zur Festnahme eines Mannes, der einen französischen Unteroffizier in Neustadt a. d. Haardt durch Messerstiche verletzte. Nach Ansicht der Behörden ist die Wiederholung derartiger Vorfälle im besetzten Deutschland die Folge einer planmäßigen Tätigkeit nationalistischer Propagandisten, die die Unterhandlungen für engere Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich zu verhindern suchen. Nachrichten über den Vorfall in Neustadt erklärten, daß der Franzose, ein Sergeant, während er in einem Restaurant saß, von einem deutschen Zivilisten angegriffen wurde, der auf einem Motorrad flüchtete. Der Sergeant erlitt Stichwunden in der Nähe des Herzens, die jedoch nicht gefährlich sind.

Griechenland.

Politischer Wirrwarr besteht in Griechenland, weil sich die anti-venizelistischen Parteien an der Parlamentswahl nur beteiligen wollen, wenn die Regierung zurücktritt. Die Leiter der Opposition verlangen das Ausscheiden von Premier Kondylis. Der Premier organisiert eine Zusammenkunft von allen Führern, um einen Ausweg zu finden.

Albanien.

Nach Meldungen aus italienischen Quellen wird Scutari, Albanien, von Revolutionären belagert; Verstärkungen für die Regierung werden aus dem Süden erwartet. Die Revolutionäre, durch die Ermordung eines Parteigängers von Bischof Noli erbittert, griffen Scutari an. Sie schlugen Regierungstruppen, die ihnen vor der Stadt entgegentraten. Noli war im Jahre 1924 kurze Zeit Premier.

Vereinigte Staaten.

Die Steubengesellschaft von Amerika bestehet auf Zurückweisung der Lüge von der Kriegsschuld, der Grundlage des schändlichen Versailler Vertrags. Sie verlangt auch rasche Zurückgabe des gesamten beschlagnahmten feindlichen Eigentums an die rechtmäßigen Eigentümer. Ein Beschluß, welchen die Gesellschaft in ihrer Schlußsitzung in Utica, N. Y., faßte, besagt: Die Zeit wird bald kommen, da wir verlangen müssen, daß die Erklärung, welche Deutschland zur Anerkennung seiner alleinigen Kriegsschuld zwang, aus unserem Friedensvertrag gestrichen wird. Andere Beschlüsse fordern eine Milderung des Einwanderungsgesetzes. Die Prohibitionsfrage wird erst dann berührt, wenn die Aufhebung des 18. Verfassungszusatzes zu einer nationalen Frage geworden ist."

Fünfhundert Delegierte und Besucher aus allen Teilen des Landes beteiligten sich an der Zusammenkunft. Zu erwähnen ist auch ein Beschluß, welcher die Verdienste von Julius Göpel, Lehrer der deutschen Sprache an der Universität von Illinois in Urbana, würdigt. Frl. Maud von Steuben, die direkt von dem General von Steuben abstammt, befand sich unter den Delegierten.

Deutsches Riesenflugzeug

Der deutsche Flieger Junker erprobt gegenwärtig in einer Reihe von Probeflügen ein Doppeldecker-Ueberflugzeug von nicht weniger als 109 Kubikmeter Rauminhalt.

Der Körper dieses Riesenflugzeuges ist neun Fuß zehn Zoll breit. Auf ihm sind zwei Stockwerke eingerichtet mit einem Kajütenraum, der geräumig genug ist, um darin 20 Betten und schweres Gepäck unterzubringen. Nebenan ist ein Frachtabteil für Warenbeförderung angebracht und damit dem Raumtmangel abgeholfen, der bisher der Einrichtung eines internationalen Luftverkehrs im Wege stand. Eine weitere Neuerung ist die Anbringung eines Hilfsmotors für die Beleuchtung, die Beschleunigung der Füllung der Behälter und die Funk- und sonstigen Apparate des Flugzeuges.

Bei dem fortgesetzten Anwachsen des Formats der Flugzeuge bis zu den geschilderten Dimensionen ist eine Raumausdehnung der Aerodrome, welche in den Dienst des internationalen Luftverkehrs gestellt werden sollen, zu einer dringenden Notwendigkeit geworden. Auf dem Flugfeld von Tempelhof zum Beispiel reichen selbst die erst im Bau begriffenen neuesten Flugzeughallen nicht für die letzten Ueberflugzeuge aus, die daher vorläufig unter freiem Himmel untergebracht werden müssen.

* * *

Die Deutsche Lufthansa hat im Monat August mit ihrem Flugzeugpark von etwa 120 modernen Verkehrsmaschinen über 1,000,000 Kilometer im regelmäßigen Luftverkehr zurückgelegt. Die Zahl der regelmäßig betriebenen Linien betrug gegen Monatsende 64; auf ihnen waren täglich 38,545 Kilometer zu fliegen. Von den bewährten Flugzeugführern beim sechs, nämlich Kahlow, Polte, Noack, Doldi, Döer und Bauer, 300,000 Flugkilometer überschritten.

* * *

Italienische Meldungen über den bereits erfolgten Abschluß eines Vertrages zwischen der Italienischen Luftverkehrsgesellschaft und der Deutschen Lufthansa zwecks Schaffung einer Luftlinie München—Rom, eilen, wie man von maßgebender deutscher Seite erfährt, den Tatsachen voraus. Richtig ist, daß derartige Verhandlungen schweben, die aber noch nicht zu einem Vertragsabschluß gediehen sind. Vorläufig steht jedoch fest, daß als Ausgangspunkt des transalpinen Luftverkehrs nach Mailand und Rom, entgegen den Schweizer Bestrebungen, die diesen Verkehr über Zürich leiten wollen, München gewählt worden ist. Welche Strecke von hier aus für die Ueberfliegung der Alpen in Frage kommt, ist ebenfalls noch nicht völlig geklärt. Naheliegend wäre natürlich eine Verlängerung der schon bestehenden Linie München—Innsbruck über den Brenner hinweg. Die Linie Mailand—Rom soll von italienischer Seite noch in diesem Jahre in Betrieb genommen werden, so daß für die Flugsaison des nächsten Jahres dann nur noch die Herstellung des Anschlusses zwischen München und Mailand bleibt. Entgegen den aus Italien kommenden Meldungen, die von einer Verwendung von lediglich italienischen Maschinen und Piloten sprechen, muß betont werden, daß die Form der Zusammenarbeit zwischen der italienischen Gesellschaft und der Deutschen Lufthansa absolut noch nicht geklärt ist. Auf jeden Fall wäre es sehr unwahrscheinlich, daß von München aus eine rein italienische Luftverkehrsorganisation in Erscheinung tritt, während auf den sonstigen großen internationalen Linien die Parität hinsichtlich der Maschinen und Piloten unbedingt gewahrt ist. Für das kommende Jahr, das ja auch die schon lange geplante Linie Berlin—Prag—Wien bringen wird, kann auf diese Weise mit einer zweiten Luftverbindung Deutschland—Italien gerechnet werden, nachdem bereits in diesem Jahre die Strecke Wien—Venedig, die mit Junkers-Großflugzeugen beflogen wird, in Betrieb genommen ist.

— „Es gibt wenig Episoden in der Geschichte, die die Welt mit größter Berechtigung verurteilen wird: ein Krieg, der zur Verteidigung internationaler Verträge geführt ist, hat mit dem offenen Bruch der heiligsten Versprechungen seitens der Sieger geendet." — Keynes, engl. Publizist und Nationalökonom, in seinem Buche „Die Revision der Friedensverträge."